

# Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Riesau, Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesau, des Finanzamts Riesau und des Hauptamts Meissen, sowie des Gemeinderates Gräba.

Postkonto: Dresden 1530  
Circulose Riesau Nr. 52.

Nr. 289.

Wittwoch, 13. Dezember 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.20 — 2.00 — 1.00, einzeln 10 Pfennige. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für Bewilligung: 10 Pfennige, 2 mm hohe Grundchrift. Zeile (8 Silben) 40. — Markt: zeitraubender und labellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 8. — Markt: hohe Tarife. Beilage „Fischer an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesau. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döbel, Riesau. Druck: Wilhelm Dittich, Riesau.

Auf Blatt 26 des Vereinsregisters ist heute der „Kleinrentnerverein für Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer zu Lorenzkirch“ in Lorenzkirch eingetragen worden. Amtsgericht Riesau, den 12. Dezember 1922.

## Bekanntmachung.

Da sich in letzter Zeit wiederholt Verstöße gegen die in der Stadt Riesau geltenden Vorschriften für das

## Einwohner- und Fremden-Meldewesen

nötig gemacht haben, wird die genaue Befolgung dieser Vorschriften, die im Einwohnermeldeamt eingesehen werden können, in Erinnerung gebracht. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 1500 M., im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Der Rat der Stadt Riesau, am 12. Dezember 1922.

Schm.

## Die Regierungserklärung im Sächsischen Landtag.

Der Landtag hielt am Dienstag seine 8. Sitzung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Präsident Winkler dem Hause Mitteilung vom Ableben des Abg. Schmidt-Freiberg (D. N.), der seit 1907 bis heute der parlamentarischen Vertretung Sachsens angehört habe. Die Abgeordneten hatten sich während der Ausführungen von ihren Plätzen erhoben. — Nach Verlesung einer anerkennenden Eingangsrede erfolgte die Vereidigung des Ministerpräsidenten. Sie ist in einem Augenblick erledigt. Der Ministerpräsident spricht unter Aufhebung der rechten Hand dem Landtagspräsidenten die Worte nach: „Ich schwöre Treue der Verfassung!“

Dann gab Ministerpräsident Sauer eine Erklärung über die künftige Regierungspolitik, in der er u. a. sagte: „Nachdem ich am 6. Dezember vom Landtage zum Ministerpräsidenten gewählt worden bin, hatte ich die Pflicht, die Mitglieder des Gesamtministeriums zu ernennen. Die seit dem Dezember 1920 erfolgte Politik ist durch die Wahl am 5. November gebilligt worden. Ich hatte deshalb nach Artikel 28, Abs. 2, der Landesverfassung die Herren Felsch, Fleischer, Goldt, Hübner, Kuhn und Dr. Sejaner mit der Fortführung ihrer Ämter betraut. In meinem Stellvertreter habe ich Herrn Minister Hübner ernannt. Die am 14. Dezember 1920 abgegebene Regierungserklärung umschreibt einen auf längere Zeit berechneten Aufgabekreis und die politische Einstellung der damaligen Regierung. Das neue Kabinett will diese Politik nach sozialistischer Auffassung fortsetzen.“ Die Erklärung nimmt dann Bezug auf die Selbstverwaltung, durch die die Staatsmittel außerordentlich in Anspruch genommen sind. Insbesondere erfordert der planmäßige Ausbau der Staatsbetriebe, die sich sehr gut entwickelt haben, ganz gewaltige Summen. Trotzdem sollen diese Betriebe weiter ausgebaut werden. Es wird in diesen Tagen dem Landtage eine entsprechende Vorlage eingebracht, ferner ein Gesetzentwurf über die Auseinandersetzung zwischen dem Freistaat und dem ehemaligen Königslande. Mit dem Reich stehen langwierige Verhandlungen über die anderweitige Verteilung der Reichssteuern zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Die Länder und Gemeinden können ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen. Man hofft auf baldige Regelung der Zuschüsse des Reiches zu den Verordnungen der Staats- und Gemeindebeamten. Unter solchen Umständen ist die Aufstellung des Haushaltsplanes mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft und der Landtag muß sich deshalb noch einige Zeit gedulden. Die Erklärung erwähnt dann die Verstaatlichung der Polizei, nimmt Bezug auf die Errichtung des Landesministeriums und schließlich den Entwurf eines Gesetzes über die Vollzugsbeamten der staatlichen Ordnungspolizei an. Auch die Gemeindeordnung werde dem Landtage in Kürze vorgelegt, ferner ein Gesetz über die Neuordnung der Verwaltungsbehörden. Ein Gesetzentwurf über die Schaffung von Wohnungen durch gemeindliche und landwirtschaftliche Unternehmungen sei in Vorbereitung. Die Wohlfahrtspflege solle ausgebaut werden. Dann geht die Erklärung auf einige kommunalistische Forderungen ein und verpflichtet, die Beschaffung des Reiches so weit wie möglich zu beeinflussen, um die Gemeinwirtschaft in der Gesamtwirtschaft des Reiches zu fördern. Das Schulgesetz soll durchgearbeitet werden. Ein Berufungsgesetz sei in Vorbereitung. Ein Gesetz über neue Formen an den höheren Schulen soll vorgelegt werden, ferner eine Vorlage über Errichtung des Landes-Schulrates. Ein Landes-Schulgesetz werde folgen. Die Trennung zwischen Kirche und Staat werde von der Regierung weiterhin nach Kräften gefördert werden. Vom Justizministerium werde ein Entwurf vorgelegt werden über die Aushebung der öffentlich-rechtlichen Sonderrechte des ehemaligen Königslandes, weiter ein Entwurf über die Aufhebung der sonstigen Familienangehörigkeiten, der Familienfideikommissen. Auch eine Änderung der Reichspachtordnung im Sinne eines Landespachtgesetzes werde erfolgen. Ende März werde der Strafvollzug dem Justizministerium unterstellt werden. Ein Bedürfnis nach Erlass einer Amnestie besteht nach Ansicht der Regierung nicht, da die in Betracht kommenden Fälle durch Einzelbegnadigung erledigt seien. Der Ministerpräsident nahm dann Bezug auf den von ihm und den Ministern geleiteten Eid auf die Verfassung und eruchte um die Mitarbeit des Landtages. In der republikanisch-demokratischen Staatsform liege die Entwicklung der Volksgestaltung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne. Den Weg dahin zu ebnen, werde richtunggebendes Prinzip für die Arbeit der Regierung sein.

Bei den Ausführungen des Ministerpräsidenten über die Gemeinwirtschaft wurde er mehrmals von Zwischenrufen der Kommunisten unterbrochen. Er ging kurz auf einen dieser Zwischenrufe ein und bemerkte dann, man möge doch beim Verlesen einer Regierungserklärung so viel Geduld haben, daß man sie bis zum Schluß anhört. Die Kommunisten hielten aber mit ihren Zwischenrufen fort. Herr-Döbel begleitete die Worte des Ministerpräsidenten, daß ein Bedürfnis zum Erlass eines Amnestiegesetzes nicht vorliege. Ohne Auspruch wurde hierauf dem Vorschlag der Regierung zugestimmt, die staatliche Zeitung zur Verfassung der Stimmzettel für die Landtagswahlen auf 2. — W. je Stimmzettel festzusetzen. Abg. Schwach (S.) berichtete hierauf über die Vorläufe betreffend die Aufwands-

entschädigung für die Landtagsabgeordneten. Er beantragte Annahme des bereits bekannten Antrags des Haushaltsausschusses. Abg. Rammelsberg (D. N.) begründete den Antrag seiner Partei, die Aufwandsentschädigung nur für volle acht Monate zu gewähren, sowie für Sitzungstage während der Ferien ein Dreifachteil des Monatsbetrags und endlich, den Ministern keine Aufwandsentschädigung als Abgeordnete zu geben. — Abg. Köhler (D. N.) erklärte die Zustimmung seiner Freunde zu dem Antrage der Deutschnationalen. — Abg. Dr. Teubner (Dem.) wandte sich namens seiner Fraktion gegen den Antrag. Die Vorlage fand schließlich Annahme in der Fassung des Ausschusses. Schluß der Sitzung 8 1/2 Uhr. — Nächste Sitzung: Donnerstag, den 14. Dezember, nachm. 2 Uhr. 1. Wahl von Mitgliedern in die Ausschüsse, 2. Vorlage über die erlassenen Notverordnungen, 3. Aussprache über die Regierungserklärung.

## Der Londoner Fehlschlag.

Reuter meldet aus London: Man gibt an, daß es auf der Konferenz nicht gelungen ist, zu einer Einigung zu kommen, doch wird in zukünftigen politischen britischen Kreisen die Atmosphäre guten Willens hervorgerufen, die die Erörterungen umgeben habe. Es wird nicht in Abrede gestellt, daß der Hauptgrund für das Nichtauskommen einer Einigung mit der Ruhr zusammenhängt, aber die schwierige Stellung Polinars in dieser Frage wird gewürdigt. Man hegt die Hoffnung, daß während der Verhandlungsperiode der Premierministerkonferenz die Konferenz in Lausanne greifbare Ergebnisse zeitigen möchte, was eine günstige Rückwirkung auf die anderen Verhandlungen ausüben würde.

Aus Paris wird gemeldet: Eine kurze Zusammenfassung der Kommentare aus allen Lagern läßt klar erkennen, daß weder die äußerste Rechte, noch die Opposition, noch die Linke mit dem Ergebnis von London zufrieden sind. Die Reuter-berichtet, ist der Beschluß der Konferenz der alliierten Premierminister über die Ablehnung des deutschen Reparationsplans geteilt von Bonar Law nach Berlin abgeleitet worden. Er befragt, unter den vorliegenden Umständen böten die deutschen Vorschläge keine Lösung der Reparationsprobleme.

Im englischen Unterhaus erklärte Bonar Law zur Frage der europäischen interalliierten Schulden: Es würde nicht recht sein, daß die Regelung so festgelegt würde, daß wir allein von allen interalliierten Ländern tatsächlich eine Entschädigung zahlen würden. Wir erziehen billige, den gesamten Betrag, der von Deutschland nicht bezahlt werden kann, zu erlegen und zu sagen: Da wir nicht alles von Deutschland erhalten, was wir erwarten, müssen wir unsere Forderung ermäßigen. Aus diesem Grunde — und ich glaube, dies ist eine richtige Erklärung — fügte ich hinzu, wenn wir eine Möglichkeit einer völligen Regelung haben in der Aussicht auf endlichen Abschluß, so wären wir bereit, ein gewisses Risiko zu laufen, nicht so viel von den Alliierten und von Deutschland zu erhalten, wie wir Amerika vielleicht werden zahlen müssen. Ich fügte hinzu, es sei sicher, und jedermann würde zustimmen, daß es schwierig sein würde, ein solches Zugeständnis zu machen, wenn die gesamte Frage von neuem erörtert werden soll. — Auf die Frage Kennorthos, ob eine Möglichkeit bestehe, daß die Franzosen die Sanktionen anwenden, bevor das Parlament wieder zusammentrete, antwortete Bonar Law, es bestehe kein Zweifel, daß viele Fragen über dieses Thema an ihn bei der Debatte am Donnerstag gerichtet werden würden. Die Regierung wolle aber nicht den Erfolg weiterer Konferenzen gefährden.

## Eine Rede des Reichskanzlers im Reichswirtschaftsrat.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hielt gestern in seinem neuen Dienstgebäude die erste Vollversammlung ab. Reichskanzler Sauer nahm das Wort zu einer Ansprache. Er nannte als Männer, die sich um die Arbeiten des Reichswirtschaftsrats besonders verdient gemacht haben, neben dem Präsidium besonders Begier und Hatbein. Beide Männer des Ausmaßes der Interessen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und des Ausgleichs zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Auffassungen. Niemand zuvor kam es so sehr darauf an, daß alle wirtschaftlichen Kräfte zusammengeführt würden, um das Ziel zu erreichen, endlich das Problem, das auf unserem gesamten wirtschaftlichen Leben lastet, einer endgültigen Lösung entgegenzuführen. Niemand zuvor ist es mehr darauf angekommen, bei dieser Arbeit den Ausgleich der Gegensätze zu finden. Diese Aufgaben des Reichswirtschaftsrats entsprechen genau dem, was wir im neuen Reichskabinett uns als Arbeitsprogramm vorgelegt haben. Es gibt hier keinen Nachtakt, kein Kräftigwerden der Wirtschaft, das stark genug wäre, der Regierung die Führung des Landes zu nehmen (ledigste Zustimmung), aber wir können der Unterstützung der Mitarbeit der wirtschaftlichen Kräfte nicht entraten und wollen es auch nicht. Wir, die wir zu einem guten Teil der Wirtschaft entstammen, wollen mit der Wirtschaft zusammen die Lasten des Tages tragen und die Lösung des Problems aus diesem Wirrwarr zu finden suchen. So anwaltliche ich heute ganz besonders an die reifliche Unter-

stützung der Regierung und der Regierungsarbeit durch Sie alle. Ich möchte glauben, daß diese Stellung von Wirtschaft und Regierung jetzt ihren besonderen Ausdruck in der Lösung der Reparationsfrage zu finden haben wird. Nur einen Grundgedanken möchte ich herausheben aus dem, was in London geschehen ist, und dem, was werden soll. Die Regierung ist der Ansicht, daß nur aktive und positive Mitarbeit der Lösung unserer Schicksalsfrage zum Ziele erreichen kann. Die Regierung ist der Meinung, daß es falsch wäre, das Schicksal des Volkes und Landes in die Hände anderer zu legen, als dem berufenen und verantwortlichen Leiter des deutschen Volkes. Das hat wohl zu dem Standpunkt geführt, daß wir auch in den ersten Tagen unserer Regierung nicht die Hände in den Schoß legen, sondern uns melden sollten auch da, wo wir nicht hinaussetzen waren, und wir glauben, daß dieser Weg auch weiter beschritten werden soll. Wir haben das getan, indem wir einen positiven Vorschlag vorgelegt haben, der allerdings keine endgültige Lösung, aber doch ein Vorboten der endgültigen Lösung sein konnte.

Der politische deutsche Vorschlag war, man möge über seine Einzelheiten denken wie man wolle, aufbauend auf dem Grundgedanken, der für die Lösung der Befreiung weiterer Gebiete unseres Reiches und unserer Wirtschaft von dem Druck der ungelösten Reparationsfrage nötig sei, daß es für alle Teile der Zusammenfassung der letzten Kraft des ganzen Volkes bedürfte und der Zusammenfassung des ganzen Vertrauens des Auslandes, das noch zu Deutschland besteht. Beide sollten zugleich der Wertmesser sein für die Leistungen, den wir an dieses Problem ansetzen konnten. Mehr kann nicht von uns verlangt werden. Ich finde es wenig befriedigend, daß ein so ernstlicher, von dem letzten Willen getragener Vorschlag, dieses Problem zur Lösung zu bringen, unter Einsetzung unserer ganzen Kräfte und unserer Mitarbeit nicht wenigstens die Beachtung gefunden hat, daß man angefaßt dieses Vorschlags den Weg zu gemeinsamen Verhandlungen beschritt, ohne die die Lösung dieser Frage überhaupt nicht möglich ist. (Sehr richtig!)

Was uns auch bevorstehe, was immer auch kommen möge in der Weiterentwicklung dieser Verhandlungen, wir müssen zusammenarbeiten mit allen unseren Kräften. — Der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrats Edler v. Braun übernahm namens des Reichswirtschaftsrats zu treuen Händen das Haus und gelobte, daß es eine Stätte enger, leidenschaftlicher und aufopfernder Arbeit für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands sein soll.

## Die Lausanner Konferenz.

Gestern vormittag nahmen in Lausanne auf Grund einer telephonischen Einladung die russischen Sachverständigen zum erstenmal an einer Sitzung der alliierten Sachverständigen teil. Dabei kam es zu einem Zwischenfall, der damit endete, daß die russischen Sachverständigen unter Protest die Versammlung verließen. Der Vorgang war folgender: Die alliierten Sachverständigen gaben den russischen und den anderen Sachverständigen den Inhalt eines Dokuments bekannt, das den Titel führt: „Freiheit der Meerengen“, wobei sie gleichzeitig erklärten, es könne sich nicht um die Beratung der Meerengenfrage selbst handeln, sondern nur darum, Auskünfte über gewisse Punkte des Projekts zu erhalten. Die russischen Sachverständigen erklärten darauf, sie könnten keinerlei Auskünfte über das Dokument geben, das bisher der russischen Delegation nicht offiziell bekannt geworden sei. Außerdem beantragten die Russen, daß ihnen nur ein Projekt über die Freiheit der Meerengen und nicht auch ein Projekt über die Entmilitarisierung der Zone vorliege, worauf die alliierten Sachverständigen erwiderten, dieses Projekt gebe nur die Türken und die Alliierten an. Nach Kenntnisnahme von dem Dokument über die Freiheit der Meerengen gab dann die russische Delegation eine Erklärung ab, nach der die russischen Sachverständigen der Ansicht sind, daß ihre Teilnahme an der Konferenz gegenstandslos sei, weil die russischen Sachverständigen formelle Instruktionen hätten, die Frage der Freiheit der Meerengen keinesfalls mit der Frage der Entmilitarisierung der Zone zu bearbeiten. Hierauf verließen die russischen Delegierten die Sitzung. Die russische Delegation richtete darauf eine schriftliche Erklärung an den Präsidenten der Konferenz, um gegen die eingeleiteten Änderungen zu protestieren, die den Bedingungen, unter denen Rußland eingeladen worden sei, und den Gepflogenheiten der Konferenz widersprechen.

## Deutscher Reichstag.

16. Berlin, 12. Dezember. Das Haus erledigt zunächst keine Anfragen. Er- nennung des Abg. Dr. Reich (D. N.) wegen Beschlagnahme von 250 Morgen wertvollen Ackerlandes zur Errichtung von Kasernen und eines Exerzierplatzes für die französische Besatzung von Reustadt a. Saardt wird vom Staatssekretär Walter dahin beantwortet, daß 280 000 Quadratmeter für Kasernenland und 180 000 Quadratmeter für einen Exerzierplatz angefordert sind. Das formale Recht dazu könne nicht bestritten werden, doch stehe die Forderung in Widerspruch mit den Auslassungen französischer Regierungsvertreter, wonach die Besatzung die deutsche Friedenskräfte nicht wesentlich übersteigen sollte.